



Der Bürgerrat „Demokratie“ bei einer Sitzung im Leipzig.

Foto: Meher Demokratie, www.buergerrat.de

Hintergrund

So funktioniert der Bürgerrat

Der Bundestag hat zum ersten Mal einen Bürgerrat eingesetzt. Er soll sich mit dem Thema „Ernährung im Wandel“ beschäftigen und Empfehlungen geben. Wie geht es jetzt weiter? Nachgefragt bei Claudine Nierth, Vorstandssprecherin des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“, der die Bürgerräte „Demokratie“ und „Deutschlands Rolle in der Welt“ organisiert und durchgeführt hat. „Ernährung im Wandel“ wird vom Verein in der Kommunikation unterstützt.

Losgehen soll es Anfang September, Mitte Januar soll die letzte Sitzung abgehalten, im Februar der Bericht übergeben werden. Insgesamt 40 Stunden lang werden sich 160 Bürger treffen und diskutieren, virtuell und in Präsenz, voraussichtlich in Berlin. „Der Zeitplan ist ambitioniert, aber zu schaffen“, sagt Nierth. Die Teilnehmer erhalten eine Aufwandspauschale von 100 Euro pro Sitzungstag in Präsenz und 50 Euro pro digitaler Sitzung.

Zunächst müssen die 160 Teilnehmer gefunden werden, die einen Querschnitt der Gesellschaft abbilden sollen, nach den Kriterien Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss und Ernährungsgewohnheiten – also vegan, vegetarisch oder sonstiges. Dafür werden Kommunen ausgelost, aus deren Melderegister dann die gelost werden, die angeschrieben werden. Nierth rechnet mit einer Rücklaufquote zwischen fünf und zehn Prozent.

Jeder Tisch mit sieben Teilnehmern bekommt einen Moderator, der inhaltlich streng neutral auftritt und darauf achten muss, dass die Teilnehmer einander zuhören und ausreden lassen. Die Tische werden im Verlauf durchgemischt. Aber da ist noch etwas: „Bisherige Bürgerräte haben gezeigt, dass die Experteninputs extrem wichtig sind“, sagt Nierth. Dabei müssten verschiedene Sichtweisen dargelegt werden – und die Wissenschaftler ihre Inhalte so vermitteln, dass sie für jeden verständlich sind. „Wenn sie das nicht machen, muss die Moderation darauf achten und einhaken.“

Und wenn die ausdiskutierte Empfehlungen dann später von der Politik nicht umgesetzt werden, droht die Enttäuschung dann nicht umso größer zu werden? „Jeder Teilnehmer weiß, dass es keine Umsetzungspflicht gibt“, sagt Nierth. „Was die Menschen aber erwarten, ist eine Rückmeldung, was aus ihren Empfehlungen geworden ist. Und wenn sie nicht alle umgesetzt wurden, woran es gescheitert ist.“

Dominik Guggemos



Unterstützerin von Bürgerräten: Bärbel Bas (SPD).

In Deutschland wird wieder über Räte diskutiert. Die Klimakleber der „Letzten Generation“ fordern einen Gesellschaftsrat. Nicht zu verwechseln ist dieser Vorschlag mit dem Bürgerrat „Ernährung im Wandel“, den der Bundestag kürzlich eingesetzt hat. Er soll innerhalb eines halben Jahres Empfehlungen erarbeiten, welche politischen Entscheidungen beim Thema Ernährung sinnvoll wären. Mit ihrem Gesellschaftsrat wollen die Umweltaktivisten Beschlüsse des Bundestags erzwingen, bis 2030 auf erneuerbare Energien umzustellen. Bislang ohne Erfolg, die Abgeordneten wollen sich nicht erpressen lassen. Doch dadurch sind auch die anderen Bürgerräte in Misskredit geraten. Durch sie sollte nämlich die Demokratie gestärkt und die Lust aufs Mitmachen gesteigert werden. Moderierte und durch Expertenvorträge angereicherte Diskussionen sollten in unverbindliche Empfehlungen münden, die Arbeit am Thema die Menschen begeistern.

Nötig scheint es zu sein, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem vergangenen Jahr ergab. 51 Prozent der Befragten zeigten sich unzufrieden darüber, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Mehr als zwei Drittel fanden, es gebe zu wenig Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen.

Haben die Klimakleber jetzt die Idee der Bürgerräte versaut? Der renommierte Demokratieforscher Wolfgang Merkel gibt die Hoffnung nicht auf. „Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bürgerräten und Parlamenten und Regierungen kann eine Win-win-Situation ergeben“, ur-

Basis eine Stimme geben

Demokratie Wie politisch ist unser Essen? Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ soll Empfehlungen erarbeiten. Die Klimakleber fordern unterdessen einen Gesellschaftsrat. Von Dominik Guggemos

Irland als Vorbild

Befürworter von Bürgerräten verweisen auf ein leuchtendes Beispiel aus Irland. Die dortige Citizens' Assembly hat gleich zwei hochumstrittene Themen abgeräumt: Die Bürgerräte stimmten für die gleichgeschlechtliche Ehe und

die Aufhebung des Abtreibungsverbots, das 1983 durch eine Volksabstimmung in die Verfassung aufgenommen wurde. Fünf Monate lang tagte die Citizens' Assembly an den Wochenenden in einem Hotel. Zum Schluss sprach

sie sich mit Zweidrittelmehrheit für ein Recht auf Abtreibung aus. In einem darauf folgenden Referendum stimmten die Wähler ebenfalls dafür – die Regierung konnte das umstrittene Thema von der Tagesordnung nehmen.

teilt er. Doch dafür müssten die Empfehlungen, die der Bürgerrat entwickelt, auch ernst genommen werden.

Bisher gab es zwei nennenswerte bundesweite Bürgerräte, die allerdings nicht vom Bundestag selbst eingesetzt wurden, wie jetzt „Ernährung im Wandel“. Laut Merkel waren die beiden Themen zu blumig und politisch zu irrelevant. „Beide blieben ohne ernsthafte Stellungnahme des Parlaments und hatten einen wenig demokratischen Placebo-Charakter anstelle tatsächlicher Kooperation.“ Doch Relevanz alleine reiche auch nicht aus. Das von der Letzten Generation vorgeschlagene Thema sei in zweifacher Hinsicht eine untaugliche Fragestellung, sagt Merkel. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die Avantgarde schon die Antworten auf die Frage kenne, stattdessen müsse es einen ergebnisoffenen Dialog geben. Außerdem setze die Frage großes Fachwissen voraus, betont Merkel. „Da helfen auch keine physikalischen Grundkurse am Wochenende.“

Enttäuschte Hoffnungen

Charlotte Felthöfer bezeichnet ihre Zeit als Bürgerrätin bei „Deutschlands Rolle in der Welt“ als lohnend, trotz des sicherlich komplexen Themas. Die 23-Jährige sagt: „Ich persönlich fand es sehr bereichernd und spannend.“ Aber durch ihr Studium der Politikwissenschaft habe sie auch einen speziellen Blickwinkel darauf gehabt. Für sie war das Gremium auch ein „Sozialexperiment“. Es seien viele dabei gewesen, die in ihrem Alltag ansonsten nichts mit Politik am Hut hätten und die sich durch den Bürgerrat befähigt ge-

fühlt hätten, mitzudiskutieren, erzählt Felthöfer. Die Diskussionen seien sehr sachlich abgelaufen, kein Vergleich zu dem, was man in den sozialen Medien oder auch auf der Straße so erlebe. Aber bei allem Lob für das Format weiß Felthöfer auch um dessen Grenzen: „Nur weil ich eine Frau bin, spreche ich nicht für alle Frauen in meinem Alter und meinem Bildungsstand.“

Armin Amrhein ist 62 Jahre alt und war beim Bürgerrat „Demokratie“ dabei. Dieser fand noch vor der Corona-Pandemie statt und war voll in Präsenz. Trotzdem „habe ich nicht erlebt, dass es laut geworden wäre“, erzählt Amrhein. Er findet, dass ein Bürgerrat die Bevölkerung besser abdecke als der Bundestag und dass er ein gutes Mittel sei, um den Blick der gewählten Volksvertreter zu erweitern. Aber als die ausgearbeiteten Empfehlungen dann an die Vertreter der Bundestagsfraktionen übergeben wurden, war Amrhein „von manchen Aussagen schon etwas enttäuscht“. Aus seiner Sicht braucht es „ein gewisses Feedback, was ist eigentlich aus den Empfehlungen geworden?“

Derart enttäuschte Hoffnungen befürchtet die Union auch bei dem neuen Bürgerrat zur Ernährung. Die Fraktion hat den Beschluss abgelehnt – obwohl sich Wolfgang Schäuble als Bundestagspräsident für Bürgerräte starkgemacht und selbst die Schirmherrschaft für einen übernommen hat. Fraktionsvize Stefan Bilger ist sicher, dass „Wolfgang Schäuble den Bürgerrat nicht so konzipiert hätte“. Bilger selbst hat „grundsätzliche Zweifel, ob der Bürgerrat ein sinnvolles Instrument ist“.

ZAHLE DES TAGES

11,3

Prozent der Bundestagsabgeordneten hatten 2021 einen Migrationshintergrund, wie der Mediendienst Integration ermittelt hat. Das entspricht 83 Parlamentariern. In den Landtagen waren es durchschnittlich 7,2 Prozent. Bei den Flächenländern liegt Baden-Württemberg mit 11 Prozent vorn, bei den Stadtstaaten ist es Hamburg mit 21 Prozent. epd

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Athen. Trotz des deutlichen Sieges der konservativen Regierungspartei bei der Parlamentswahl in Griechenland könnte es zu einer Neuwahl kommen. Die bisher allein regierende Partei Nea Dimokratia des Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis lag bei etwa 40,8 Prozent und müsste zur Bildung einer neuen Regierung eine Koalition eingehen. Mitsotakis schloss ein Bündnis mit anderen Parteien jedoch aus: „Dass wir allein regieren, ist der einzige Weg, die Reformen umzusetzen, die wir planen und die das Land braucht.“ Schon im Juni könnten Neuwahlen stattfinden. dpa



Wahlsieger Kyriakos Mitsotakis setzt auf eine Alleinregierung.

Sicherheit Warnung vor Desinformation

Berlin. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, hat vor einer zunehmenden Gefährdung der Demokratie in Deutschland insbesondere durch russische Einflussnahme gewarnt: „Über alle Ebenen hinweg verbreitet Russland seine Desinformation, Propaganda und Narrative.“ Russland verfüge über gute Kanäle in weite Bevölkerungskreise hinein und nutze dabei nicht zuletzt das Internet. Diese Entwicklung müsse „Sorgen bereiten“. afp

Parteien Höheres Potenzial an AfD-Wählern

Berlin. Der Anteil wahlberechtigter Bürgerinnen und Bürger, für die es grundsätzlich nicht infrage kommt, die AfD zu wählen, ist weiter gefallen. Bis Mitte Mai sank der Anteil, der im vergangenen Dezember noch bei 60 Prozent lag, auf 53,9 Prozent, wie das Meinungsforschungsinstitut Insa ermittelte. Das Potenzial möglicher weiterer AfD-Wähler stieg demnach von 6,8 auf 8,4 Prozent. Für die AfD ergebe sich damit ein möglicher Stimmenanteil von mehr als 20 Prozent. afp